Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am 15. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 82 mm breite Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpeditionen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 10, Dr. Drauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 51 und Markt 21. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 43. Halle, Dienstag, den 27. Januar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Sensationen im Erzberger-Prozeß.

Bemerkenswerte Ergebnisse im Moabiter Gerichtssaal. — Ein Revolver-Attentat auf den Reichsfinanzminister.

Das Duell.

Die Geschäfte des Herrn Erzberger.

-er. Berlin, 26. Januar 1920.

Die öffentliche Meinung soll nicht in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreifen. Ein alter guter Brauch. Schön. Wenn aber ein Gerichtsverfahren angekündigtermaßen wochen- oder gar monatelang dauern wird und jeder Verhandlungstag eine Fülle politischer Probleme aufrollt, was dann? Dann wird die Oeffentlichkeit ganz von selber ihr Urteil zu bilden anfangen, und wenn sie sich auch die größte Mühe gibt, weder für den Angeklagten noch gegen den Ankläger ausgesprochen Partei zu nehmen, so wird sie sich doch über die Probleme schlüssig werden. Das Problem der Probleme ist im Erzberger-Helfferich-Prozeß die Frage, ob ein Staatsminister amtliche Kenntnisse und amtliche Einflüsse ausnutzen darf, um sich persönlich Vorteile zu verschaffen. § 16 des Beamtengesetzes verbietet die Nebenvertretung privater Interessenkreise. Ausnahmen werden gestattet. Herr Erzberger will keinen Gebrauch davon gemacht haben, weist aber eifrig darauf hin, daß solche Ausnahmen häufig gemacht werden. In der vorrepublikanischen Zeit war die Ausnahme jedenfalls nicht die Regel. Als sich im September 1906 der Bankgewaltige Bernhard Dernburg in den Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes mit dem Titel eines Wirklichen Geheimen Rats verwandelte, hing er wirklich alle Privatgeschäfte an den Nagel. Aber hinwiederum: der damals 42jährige besaß schon ein Vermögen von 3—4 Millionen und konnte es sich eben leisten, für 38 ergiebige Aufsichtsratsposten eine schlecht bezahlte Stellung beim Deutschen Reiche anzunehmen, während andererseits Herr Matthias Erzberger selbst darauf hinweist, daß er noch während des Krieges eigentlich ein armer Mann gewesen. Helfferich hat es bei Uebernahme seines öffentlichen Amtes genau so gemacht wie Dernburg. Er gab sofort seine Beteiligung an der Deutschen Bank auf und hielt sich von allen Finanzgeschäften völlig fern. Das gibt ihm, dem Angeklagten im forensischen Duell gegen den Nebenkläger Erzberger, einen bedeutsamen moralischen Vorteil, den er natürlich nach Kräften ausnützt.

Erzberger ist bereit, unter Zeugeneid auszusagen, daß er in seiner ganzen 17jährigen Tätigkeit sich niemals durch geschäftliche Vorteile irgendwelcher Art habe beeinflussen lassen. Das klingt großartig. Aber es wäre ein ganz subjektiver Eid. Ein Eid über den Glauben an sich selbst. Objektiv ließe sich unter Umständen das Gegenteil feststellen, ohne daß dem Schwörenden gerade ein Falscheid oder gar ein Meineid vorgeworfen werden könnte. Also das will alles für das Endergebnis des Prozesses nichts besagen. Das Gericht urteilt nach dem gelungenen oder mißglückten Wahrheitsbeweis. Der Wahrheitsbeweis arbeitet mit ganz bestimmten Tatsachen.

Hat Herr Erzberger die Zuteilung von Zucker für ein Präparat „Pinpodin" betrieben, indem er als Mitglied des Reichstages unterschrieb und nicht hinzufügte, daß er an dem Vertrieb des Präparats persönlich interessiert war? Herr Erzberger meint, es komme auf den Fall an. Bei ½ oder 1 Prozent Gewinnbeteiligung brauche der Abgeordnete sein Interesse nicht durchblicken zu lassen. Eine merkwürdige Rationierung nach Prozenten!

Hat Herr Erzberger Hapag-Aktien in der Waffenstillstandszeit gekauft, als die Entente die deutsche Handelsflotte zur Lebensmittelbeschaffung forderte? Alle Welt dachte damals pessimistisch. Herr Erzberger nicht. Er rechnete auf Grund des Eindrucks seiner Verhandlungen mit sicherer Rückgabe der Schiffe und kaufte Aktien. Als Finanzminister sorgte er dann dafür, daß die Schiffahrtsgesellschaften Riesenentschädigungen erhielten. Die Aktien stiegen. Herr Erzberger sagt: Ich habe die Aktien ganz öffentlich durch meine Bank gekauft und andere Minister auch dazu veranlaßt. Was heißt „ganz öffentlich"? Die Bank schlägt es nicht am Schwarzen Brett an. Natürlich mußte es sich der Herr Nebenkläger gefallen lassen, daß der Angeklagte sofort mit einem neuen Floretttstich vorstieß: das Vorbild des Marconiaktien-Skandals in England. Der große Lloyd George war damals hineinverwickelt. Er kaufte 10 000 Vorzugsaktien der Marconi-Gesellschaft ein paar Tage vor dem Abschluß eines für die Gesellschaft sehr günstigen Vertrages mit dem britischen Staate, wodurch er ungefähr 15 000 Pfund Sterling verdiente. Dr. Helfferich meint, Lloyd George sei mit einem blauen Auge davon gekommen, weil es keine englischen, sondern amerikanische Marconiaktien waren. Aber die Sache war doch anders, viel romantischer. Der Skandal, der damals an der Themse so viel Staub aufwirbelte, hätte sich noch zu einem Panorama ansehnlichen Stils ausgewachsen, wenn nicht im rechten Augenblick — der Weltkrieg ausgebrochen wäre. Da schwiegen alle Flöten. Ueber die Hapag-Aktien des Finanzministers Erzberger werden sie nicht schweigen, ebenso nicht über sein 40 000 Mark Fixgehalt bei August Thyssen. Unerträglich erscheint nur der Gedanke, daß wir noch im allerersten Anfang dieses Flötenkonzerts stehen.

•

Attentat auf Erzberger.

Zwei Schüsse. — Leichte Verwundung.

WTB. Berlin, 26. Januar. (Sonderdepesche.) **Als Minister Erzberger heute nachmittag gegen ½3 Uhr das Gerichtsgebäude Moabit verließ und seinen Kraftwagen besteigen wollte, feuerte ein junger Mann zwei Revolverschüsse auf ihn ab. Der Minister wurde durch einen Schulterschuß leicht verletzt. Die zweite Kugel, die ihn in der Bauchgegend traf, prallte an einem metallenen Gegenstand in der Tasche des Ministers ab. Der Täter wurde verhaftet.**

•

Der Täter ein früherer Fähnrich.

Einzelheiten über das Attentat.

WTB. Berlin, 26. Januar. **Zu dem Attentat auf Erzberger erfahren wir noch folgendes: Der Minister verließ in Begleitung des Rechtsanwalts Dr. Friedländer das Kriminalgericht in Moabit und begab sich mit ihm zu seinem Kraftwagen. Bevor Erzberger einstieg, unterhielt er sich noch mit dem Rechtsanwalt, als plötzlich ein junger, gut gekleideter Mann an die beiden heranrat und einen Schuß abfeuerte. Friedländer drehte sich um und sprang auf den Attentäter zu. In demselben Augenblick feuerte dieser einen zweiten Schuß ab. Erzberger fiel darauf, wie Zeugen gesehen haben, in seinen Kraftwagen hinein, und der Chauffeur fuhr davon. Der Täter wurde von Sicherheitsbeamten festgenommen und auf der Wache als der am 24. November 1899 zu Berlin geborene frühere Fähnrich und jetzige Schüler Oltwig von Hirschfeld, der in Steglitz im Hause Fregestraße 48 bei seinen Eltern wohnt, festgestellt. Der Vater ist Bankbeamter.**

•

Ebert an Erzberger.

Berlin, 26. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Der Reichspräsident hat dem Reichsminister Erzberger das nachstehende Telegramm zugehen lassen:

„Soeben erfahre ich die Nachricht von dem ruchlosen Anschlag gegen Sie. Ich wünsche von Herzen, daß Sie die Folgen dieses verabscheuungswürdigen Attentates glücklich überstehen und Ihre schwere, verantwortungsreiche Tätigkeit bald wieder aufnehmen können.

Reichspräsident Ebert.

•

Die ärztliche Untersuchung.

Berlin, 26. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Nach dem Attentat begab sich der Reichsfinanzminister sofort zu seinem Hausarzt Professor Dr. Plesch. Der Arzt stellte fest, daß sich das Geschoß noch im Körper befindet, seine Lage wird morgen im Wege von Röntgenstrahlen festgestellt werden. Nach Auskunft des Arztes ist eine unmittelbare Lebensgefahr nicht vorhanden, doch legt der Zustand des Ministers ihm zunächst höchste Schonung auf.

•

Zur Zeit keine Entfernung der Kugel möglich.

WTB. Berlin, 26. Januar. (Drahtnachricht.) **Nach einer Mitteilung des den Reichsfinanzminister behandelnden Arztes, Prof. Plesch, an die „Germania" kann an eine Entfernung der Kugel zurzeit nicht gedacht werden. Nach Anlegung eines Verbandes wurde Erzberger nach seiner Wohnung gebracht.**

•

Die Vernehmung des Attentäters.

Erzberger sollte aus der Regierung ausscheiden.

Berlin, 26. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Attentäter machte bei seiner Vernehmung zwar einen sehr erregten, im übrigen aber durchaus normalen Eindruck. Er ist der Meinung, eine patriotische Tat verübt zu haben und wollte nach seiner Aussage erreichen, daß Erzberger aus der Regierung endgültig ausscheide. Diese Motive legte er auch in einem Briefe nieder, den er vor seiner Abführung an seine Eltern richtete. Er befindet sich nunmehr im Untersuchungsgefängnis. Hirschfeld, der bis zum Ausbruch des Krieges ein Gymnasium besuchte und zuzeit wiederum die Schule besucht, um sein Abiturium zu machen, hatte noch vier Kugeln in seinem Revolver.

Ueber den Verlauf des Attentates wird von einem Augenzeugen noch berichtet: Der Chauffeur hatte gerade die Hand an der Kurbel, um abzufahren, als Hirschfeld bis auf drei Schritte an den Wagen heransprang und drei Schüsse abgab. Der Begleiter Erzbergers rief dem Chauffeur zu: Abfahren, abfahren! worauf der Wagen sich in Bewegung setzte. Die Menge riß den Attentäter zu Boden, rang ihm die Waffe aus der Hand, schlug ihn mit Fäusten ins Gesicht und stieß ihn mit Füßen. Erzberger selbst war am Nachmittag fieberfrei.

•

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

5. Tag.

Berlin, 26. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Neue Zeugen treten heute an den Zeugentisch: Ministerialbeamte, auch zwei Minister werden aufgerufen. Minister Mayer-Kaufbeuren ist aber nach Paris abgereist, Minister Südekum leitete heute den ersten Zeugeneid in religiöser Form wie alle Zeugen zuvor in diesem Verfahren. Er soll über die Ausfuhrzölle aussagen, deren Hauptbearbeitung Erzberger unterlag, dem vom Angeklagten vorgeworfen wird, daß er nach seinem Ausscheiden bei Thyssen den entgegengesetzten Standpunkt verfolgt. Dazu bemerkt Südekum, nach seiner Auffassung habe sich Erzberger Südekums Argumenten nicht verschlossen, daß die Einführung von Ausfuhrzöllen auf dem Wege des Gesetzes unmöglich sei, weil man unbedingt Gegenmaßnahmen bei den Neutralen hervorgerufen hätte. Man hätte sie ja auch auf dem Verordnungswege einführen können.

Vorsitzender: Also prinzipiell war Herr Erzberger nicht gegen diese Abgaben?

Zeuge: Nicht in den Gesprächen mit mir. Wir waren uns mit dem Herrn Ministerialdirektor Müller, der uns sondierte, in unserer Auffassung erheblich nähergekommen.

Helfferich: Herr Direktor Müller hat den bestimmten Auftrag von mir gehabt, die Entwürfe vorzulegen, und er hat mich mit diesen in der Hand verlassen. Als Helfferich weitere Ausführungen politischer Art macht, unterbricht ihn der Vorsitzende: Es ist ja verständlich, daß die beiden Parteien ihre Politik auch hier rechtfertigen möchten, aber das Gericht ist nicht der Ort dafür.

Helfferich: Zeigte Erzberger für unsere finanziellen Dinge besonderes Interesse?

Zeuge: Ich hatte den Eindruck, daß Erzberger wie ich für das Reich so viel wie möglich herauszuholen wünschte, und tarifmäßige Bestimmungen befürwortet hatte.

Helfferich: Wie stellen Sie sich zu dem späteren Vorwurf gegen die Regierung, sie hätte durch jahrelange Versäumnis

der Industrie 644 Millionen in die Tasche

fließen lassen?

Südekum: Ich erinnere mich an diesen Vorstoß Erzbergers und war der gleichen Auffassung wie er, wenn die vorgeschlagenen tarifmäßigen Festsetzungen, die dem Reiche schöne Gelder gebracht hätten, nicht kommen.

v. Gordon: Hatten Sie bei der Besprechung mit dem Kaiser den Eindruck, daß der Kaiser durch Helfferich falsch informiert worden ist?

Südekum: Ich bekam den Eindruck, daß

der Kaiser sich über die Lage gründlich täuschte,

was natürlich Rückschlüsse auf seine Beratungen zuließ.

Vorsitzender zu Rechtsanwalt v. Gordon: Diese Frage ist ja interessant, gehört aber nicht zur Frage der Verquickung politischer und geschäftlicher Tätigkeit.

Zweiter Zeuge ist der genannte Ministerialdirektor, jetzige Unterstaatssekretär Müller. Auch er muß sich zur Stellung Erzbergers in der Frage der Ausfuhrzölle äußern. Der Zeuge bekundet, den Abgeordneten an Hand des gedruckten Entwurfes seine Ausführungen gemacht zu haben, damit er im Reichstage ohne Debatte zur Erledigung komme. Erzberger erwiderte, daß eine Durchbringung ohne Debatte nicht möglich sei.

Helfferich: Erinnern Sie sich, daß Gegenvorschläge gemacht wurden.

Zeuge: Ja, es war von tarifarischen Maßregeln die Rede. Ob mit Erzberger darüber gesprochen wurde, weiß ich nicht.

Erzberger: Ich frage den Zeugen, ob er uns den Gesetzentwurf gegeben habe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200127011/fragment/page=0001

Zeuge: Ich machte meine Ausführungen an Hand des Gesetzentwurfes, der eine Vertrauens-Bundesratssache war und den ich mithin nicht aus der Hand geben konnte.

Erzberger: Haben Sie nicht auch Bedenken gegen die Vorlage zum Ausdruck gebracht?

Zeuge: Ich brachte die Bedenken der Ressorts zum Ausdruck, die nach ihrer Meinung im neutralen Auslande dagegen erhoben werden würden, damit diese Bedenken nicht im Reichstag nochmals erörtert werden und das Ausland darauf aufmerksam wird.

Helfferich: Welches war Ihre Meinung über den Vorstoß Erzbergers gegen die Regierung.

Zeuge: Ich verstand diesen Vorstoß nicht.

Vorsitzender: Hatten Sie den Eindruck, daß

bei Erzberger persönliche Gründe

dabei mitspielten?

Zeuge: Darüber habe ich nicht nachgedacht.

An den Zeugen richtet sich nun ein kleines Kreuzfeuer von Anfragen, bei dem Rechtsanwalt Dr. Alsberg fragt: Haben Sie den Vorstoß Erzbergers nicht als ungerecht empfunden, weil Sie versuchten, alles an Abgaben hereinzubekommen, was möglich war und nun den Vorwurf bekamen, die Regierung hätte in dieser Frage etwas versäumt?

Zeuge: Jawohl.

Erzberger: Sind die Abgaben nicht durch die Einfuhren indessen erhöht worden?

Zeuge: Ich glaube wohl.

Der nächste Zeuge, Ministerialdirektor Neuhaus vom preußischen Handelsministerium, der in der zur Frage stehenden Zeit nicht nur in dieser Behörde, sondern als Hilfsarbeiter auch im Reichsamt des Innern arbeitete, erscheint mit einem dicken Aktenbündel am Zeugentisch. Er gibt eine

Geschichte der Thyssenschen Eingaben,

die bereits im August 1914 einsetzten. Den Anträgen Thyssen aus dem Jahre 1914, die aus feindlichen Händen erlangten Gruben in Betrieb zu nehmen, wurde nicht stattgegeben, weil militärische und rein technische Schwierigkeiten, sowie Gründe der Arbeiterfragen dagegen sprachen. Auch die übrige deutsche Industrie war dagegen. Die Eingaben dauerten an. Unter ihnen befindet sich eine vom 8. September 1915, die von der Thyssenschen Gewerkschaft Deutscher Kaiser an das Reichsamt des Innern gerichtet wurde, und die Annexion der gesamten eroberten Bergwerke und Fabrikanlagen forderte.

Dr. Alsberg: Zu dieser Zeit war Herr Erzberger bereits im Aufsichtsrat der Gewerkschaft Deutscher Kaiser.

Neuhaus: Thyssen hat seinen Vorstoß wiederholt, um das Eigentumsrecht in Briey—Longwy zu erlangen. Unterstaatssekretär Richter kam händeringend zu mir und sagte, es sei

geradezu unerhört, wie der Abgeordnete Erzberger das Reichsamt des Innern mit den Privatwünschen der Firma Thyssen belästigte.

Er gab ferner zum Ausdruck, daß ihm, Richter, das enge persönliche Verhältnis Erzbergers zu den zuständigen Referenten im Reichsamt des Innern unangenehm sei.

Vorsitzender: Konnte Herr Erzberger der Auffassung sein, daß Thyssens Vorteile mit denen des Reiches konform gingen?

Zeuge: Ich kann nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß eine Bevorzugung Thyssens vor der gesamten Industrie zum Heile Deutschlands sei.

Vorsitzender: Hätten Sie als Abgeordneter sich nicht für eine solche Befürwortung Thyssenscher Interessen eingesetzt?

Zeuge: Unter keinen Umständen.

Vorsitzender: Herr Zeuge Rabes! Hat Herr Erzberger sich im Sinne der Thyssenschen Eingaben bemüht?

Zeuge Rabes: Jawohl.

Oberstaatsanwalt: Schon im Sinne der Eingabe von 1914?

Zeuge Rabes: Nein. Die abermalige Betonung des Zeugen Neuhaus, daß eine Bevorzugung der Firma Thyssen in dieser Frage unzulässig und nicht im Interesse der deutschen Industrie gelegen war,

entfacht abermals Temperamentausbrüche,

die der Vorsitzende mit Mühe beendigt. Eine Auseinandersetzung führt die Frage herbei, ob der Dezernent, Freiherr v. Gemmingen, die Erze der Firma Thyssen versprochen habe. Der Zeuge Rabes behauptet ja, der Angeklagte Helfferich betont, Freiherr v. Gemmingen bestreite dies.

Erzberger: Ich bitte Herrn Rabes um Mitteilung, ob er Kenntnis von den Eingaben der Gewerkschaft Deutscher Kaiser vom 8. Dezember 1915 hatte, in denen die Annexion der eroberten Gebiete gefordert wurde.

Zeuge Rabes: Es ist möglich, daß Herrn Erzberger keine Mitteilung von dieser Eingabe gemacht wurde.

Helfferich: Können Sie diese Bekundung auf Ihren Eid nehmen, nachdem Sie bei Ihrer Vernehmung erklärt hatten, daß Erzberger nach seinem Eintritt in den Aufsichtsrat von allen Ihren Eingaben unterrichtet worden sei? Zeuge Rabes: Im allgemeinen ist Erzberger unterrichtet worden.

Eine Anfrage des Angeklagten Helfferich an den Zeugen Rabes, ob ihm bekannt sei, daß Herr August Thyssen in der Champagne die Erwerbung einer Fettkohlenzeche für sich allein unter Ausschluß der übrigen deutschen Industrie erstrebt habe, wird von dem Befragten umgangen. Er zögert und meint, daß darüber Herr Thyssen wohl am besten Auskunft geben könne.

Erzberger: Ich erkläre unter meinem Eid, daß ich von diesen Bestrebungen nichts gewußt habe. Ebenso habe ich keine Kenntnis von der Eingabe vom 8. September 1915.

Erster Staatsanwalt: Ich habe seinerzeit um die Uebermittlung der Eingabe gebeten, diese Eingabe ist mir von der Firma Thyssen nicht gegeben worden.

Zeuge Rabes: Anscheinend ist sie nicht geliefert worden, weil sie als Wiederholung mehrerer Eingaben angesehen wurde.

Dr. Alsberg: Wie kommen Sie zu einer solchen Auswahl? Hat Herr Erzberger in seiner Korrespondenz diese Eingabe?

Erzberger: Einige Zeit nach meinem Ausscheiden bei Thyssen habe ich

meine gesamte Korrespondenz mit ihm verbrannt —

(Lautes Lachen im Zuhörerraum, das der Vorsitzende rügt), verbrannt, bevor der Prozeß begann.

Eine Pause von 15 Minuten unterbricht die Verhandlung. Bei der Wiederaufnahme bringt sie eine Ueberraschung. Rechtsanwalt Dr. Alsberg stellt fest, daß Erzberger kürzlich unter seinem Eid jede Verbindung oder auch nur Kenntnis von Ostropa, der Osteuropäischen Handelsgesellschaft, Berlin, in Abrede stellte. Nun verzeichnet das Handelsregister bei der Eintragung dieser Firma mit einem Kapital von 100 Millionen Mark als Ziel den Import und Export, sowie den Austausch von Rohöl und Fett jeder Art auch den Namen des Herrn Erzberger, der zu dieser Zeit schon Reichsfinanzminister war. Der Nebenkläger vermag sich diese Eintragung nicht zu erklären. Er bittet um Klärung dieser Angelegenheit, die vermutlich Gegenstand neuer Beweisanträge sein wird.

Die Frage der Ausfuhrzölle beherrscht die folgende

Vernehmung des Staatssekretärs Freiherrn v. Stein.

Er gibt als seinen Eindruck vom Stimmungswechsel Erzbergers an dieser Angelegenheit an, daß Erzberger seine Auffassung völlig geändert hatte. Ob diese Aenderung grundsätzlicher Natur war, kann der Zeuge nicht sagen, da er persönlich mit Erzberger nicht gesprochen hatte. Er habe aber diese Verschiedenartigkeit der Auffassung mit dem Ausscheiden Erzbergers bei Thyssen in Verbindung gebracht, ohne sich zu erklären, welches die Wirkungen gewesen waren, und er betrachte Erzberger als Urheber und Führer des Vorstoßes gegen die Regierung, den er als ungerechtfertigt bezeichnet.

Der nächste Zeuge, der frühere Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Richter, ist derjenige, durch dessen Hände die Eingaben Thyssens gingen. Er widerspricht der an Gerichtsstelle gefallenen Behauptung, daß wir bei der Inbetriebnahme der Gruben von Briey—Longwy der schwedischen Erze hätten entraten können.

Vorsitzender: Hat Erzberger Ihnen gegenüber die Uebereignung der Gruben gefordert?

Zeuge: Das kann ich nicht sagen.

Vorsitzender: Hatten Sie den Eindruck, als ob Erzberger seine Pflichten als Abgeordneter in dieser Beziehung verletzte?

Zeuge: Die Frage, inwieweit Abgeordnete Sonderinteressen vertreten dürfen, wird von den Abgeordneten sehr verschieden beurteilt. Manche sind darin sehr vorsichtig, andere nicht.

Helfferich: Können Sie sich daran erinnern, daß Sie mir gegenüber über Erzbergers Drängen klagten und

seine Handlungsweise als Schweinerei bezeichnet

haben.

Zeuge: Das kann sein. An den Wortlaut der Erklärung kann ich mich nicht mehr erinnern. Der Ideengang der Thyssenschen Eingaben war der: Eigentlich müßten wir die Erzfelder Briey—Longwys als Eigentum erhalten, nachdem die Franzosen unseren französischen Besitz so schlecht behandelt haben, aber wenn das jetzt nicht geht, so gebt uns wenigstens die Ausbeute.

Die Diskussion dieser Frage geht wieder in die Breite die Abwesenheit des Hauptzeugen August Thyssen macht sich wieder bemerkbar. Das Gericht beschließt daher die Untersuchung Thyssens durch einen beamteten Arzt auf seine Reisefähigkeit.

Erzberger: Haben Sie den Eindruck gehabt und mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß ich über meine Befugnisse als Abgeordneter hinausgegangen bin.

Zeuge: Ich kann mich nicht erinnern, eine derartige Auffassung gehabt zu haben. Jedenfalls hätte ich sie nicht Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht.

Damit schließt für heute die Verhandlung.

Erhöhung der Güter- und Personentarife.

WTB. Berlin, 26. Januar. Die bereits angekündigte beträchtliche Erhöhung der Güter- und Personentarife auf den Eisenbahnen wird, wie das „Berl. Tagebl." mitteilt, nach dem Abschluß des Tarifvertrages am 1. März d. J. in Kraft treten. Der Aufschlag auf die bisherigen Fahrpreise dürfte danach mehr als 50 Prozent betragen.

Amerika und die holländische Note.

WTB. Paris, 26. Januar. (Drahtnachricht.) Nach einer Privatmeldung der „Times" aus London meldet der Korrespondent des „Daily Chronicle" aus Washington: In diplomatischen Kreisen Washingtons spricht man die Meinung aus, der Standpunkt der Niederlande bezüglich der Auslieferung des Kaisers sei den Alliierten willkommen. Die amerikanische Friedensdelegation habe zwar aus Solidaritätsgefühl der Verfassung der Note zugestimmt, aber gleichzeitig erklärt, daß sie die Grundsätze nicht billige.

Sowjet-Rußland an die Arbeiter der Alliierten.

Der drohende Angriff Polens.

Haag, 26. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die russische Räteregierung hat ein von Tschitscherin unterzeichnetes Manifest an die Arbeiter der alliierten Länder gerichtet, das ihre Aufmerksamkeit darauf lenkt, daß Clemenceau, Churchill und Northcliffe Polen benutzen werden, um neue Angriffe gegen Rätereußland zu unternehmen. Sie habe genaue Kenntnis von erneuten Instruktionen der französischen Regierung und des Polenausschusses in Paris, Polen gegen Rätereußland zu benutzen und es zu zwingen, Denikin zu retten. Das Manifest erinnert weiter daran, daß Rätereußland Polen in keiner Weise bedrohe und bereit sei, in jedem Augenblick die militärischen Operationen einzustellen, um zu einer Verständigung zu gelangen oder Frieden zu schließen.

Streikexzesse in Bombay.

WTB. Paris, 26. Januar. (Drahtnachricht.) Die „Agence Havas" erfährt aus Bombay von gestern: Am 24. Januar vormittags haben die Streikenden begonnen, die Magazine in den Vierteln der Spinner zu plündern und Steine auf die Straßenbahn zu werfen, deren Betrieb eingestellt wurde. Polizisten und Soldaten, begleitet von Beamten, wurden mit Lastautos an Ort und Stelle gebracht. Die Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde mit einem Steinhagel beantwortet. Schließlich gaben die Beamten zwei Soldaten den Befehl zu feuern. Die Menge zerstreute sich. Ein Streikender wurde getötet und mehrere verletzt.

Deutsches Reich.

Unfall des sächsischen Wirtschaftsministers.

Dresden, 26. Jan. Der Wirtschaftsminister Schwarz erlitt gestern nachmittag in seinem Garten in Mügeln durch Sturz von der Leiter einen schweren Unfall, der seine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus Heidenau notwendig machte. Bei dem Unglücksfall hat er sich eine Gehirnerschütterung und Verstauchung der Wirbelsäule zugezogen, so daß er längere Zeit bewußtlos war. Auch ein Arm ist verletzt worden. Der behandelnde Arzt hofft, den Minister in etwa vier Wochen wieder so weit hergestellt zu haben, daß er seine Geschäfte wieder aufnehmen kann. Inzwischen wird ihn der Arbeitsminister Heldt vertreten.

Heimkehr von Gefangenen.

Cuxhaven, 26. Jan. Der Dampfer „Rügen" trifft heute aus Rouen mit 551 Heeresangehörigen, darunter drei Schwerkranken und neun Leichtkranken, ein.

Die Räumung Oberschlesiens.

WTB. Breslau, 26. Januar. Das Generalkommando des VI. A. K. teilt mit, daß die Räumung des oberschlesischen Abstimmungsgebiets fünf Tage später als vorgesehen beginnt. Die erste Zone muß somit am 31. Januar um 7 Uhr vormittags und die letzte Zonne am 10. Februar um 7 Uhr vormittags von allen deutschen Truppen geräumt sein.

Verhaftungen radikaler Eisenbahnerführer in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 26. Januar. Die unabhängigen und kommunistischen Führer der Frankfurter Eisenbahnerbewegung, sechs Personen wurden auf Anordnung des Reichswehrministers von der Kriminalpolizei in Schutzhaft genommen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 27. Januar 1920.

Aus dem Stadtparlament.

80 Pfg. Gaspreis. — Der Streit ums Kirchendach. 6 Uhr-Ladenschluß. — Der Flugplatz als Kartoffelacker in städtischer Regie.

Der Vorsteher Hennig gibt bekannt, daß Stv. Ziegler (Deutschnat.) sein Amt als Stv. wegen beruflicher Ueberlastung niederlegen wolle. Ihm wird vom Vorsteher Dank für seine rege Beteiligung an den Sitzungen abgestattet.

Eine Anzahl Eingaben wird den in Betracht kommenden Ausschüssen zugeteilt. Eingegangen ist ein dringlicher Antrag des Stv. Borges (Deutschdemokr.) und Genossen, ab 1. Februar den Ladenschluß einheitlich auf 6 Uhr abends festzusetzen.

Ein anderer Antrag des Stv. Bowitzki (Unabh.) und Genossen ersucht den Magistrat, Schritte zu tun, um der Verschärfung des Ausnahmezustandes, Einschränkung der Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, insonderheit dem Verbot des Volksblattes zu beseitigen. — Die Anträge beschließt man, am Schluß der Sitzung zu erledigen.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1. Neuwahl eines Mitglieds in die Armendirektion, wird dem Ausschuß zurückgegeben.

2 und 3. In die Gebäudesteuer-Veranlagungskommission wird ein neues Mitglied gewählt. Die Deputation der städtischen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge wird neugebildet, und zwar wählt man 2 Magistratsmitglieder, 3 Stadtverordnete, 11 Bürger und 5 Frauen.

Punkt 4 betrifft die

Erhöhung der Gaspreise.

Stv. Weschke (bei keiner Fraktion) berichtet an der Hand folgende Magistratsvorlage:

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften vom 28. Oktober 1919 ist der Magistrat ermächtigt worden, weiteren Preissteigerungen, soweit sie mit den Steigerungen der Kohlenpreise in angemessenem Verhältnis vor sich gehen, durch entsprechende Erhöhung der Gaspreise insoweit Rechnung zu tragen, als für je 10 Mk. Preiserhöhung für Kohle über den Preis von 115 Mk. für 1 To. frei Gaswerk hinaus die Gaspreise um 2 Pfg. Kubikmeter erhöht werden. Da inzwischen der Kohlenpreis von 115 Mark auf rund 150 Mk. gestiegen ist, so würde nach dieser Kohlenklausel der Gaspreis im Januar um rund 7 Pfg. zu erhöhen sein. Wie schon oben erwähnt, nimmt aber diese Kohlenklausel keine Rücksicht auf nicht vorherzusehende, außergewöhnliche Verteuerungen. Als solche kommen noch hinzu: a) die vom 1. Januar ab dem Werke zur Last fallenden Zuschüsse für Kriegsaushilfen und Arbeiter, mit rund 50 000 Mk. für Januar bis März; b) die außerordentliche relative Verteuerung der sogen. festen Kosten, d. h. der nicht von der Gasabgabemenge abhängigen Unkosten, auf 1 Kubikmeter nutzbar abgegebenes Gas bezogen. Diese ist verursacht durch die infolge des Kohlenmangels seit Oktober 1919 leider in verstärktem Maße notwendig gewordenen Gassperrzeiten und die dadurch im Winter eingetretene Verminderung der Gasabgabe. Im Winterhalbjahr werden insgesamt voraussichtlich rund

3 500 000 Kubikmeter weniger,

d. h. etwa ⅙ der im Haushaltsplane vorgesehenen Jahres-Gasabgabe betragen. Die daraus sich ergebende Mindereinnahme beträgt etwa 375 000 Mk.; c) die Verluste, welche durch die Unmöglichkeit eintreten, die Steigerung der Kohlenpreise in dem sonst üblichen Maße auf das wesentlichste Nebenerzeugnis Koks abzuwälzen. In früheren Jahren verkaufte das Gaswerk den Koks zum Teil an die Stadt, zum größeren Teil aber an die Privatabnehmer. Während aber Letztere den jederzeit der Marktlage angepaßten Tagespreis bezahlen, vergütet die Stadt dem Gaswerk nur den bei Aufstellung des Haushaltsplanes festgesetzten während des Geschäftsjahres gleich bleibenden Preis (zurzeit 2,25 Mk für 1 Ztr. ab Gaswerk). Dies Verfahren war im Interesse einfacher Verrechnung durchaus zweckmäßig, solange die Steigerung der Herstellungskosten für Gas und Koks sich in mäßigen Grenzen bewegte und der Tagespreis nicht wesentlich höher war als der im Haushaltsplan vorgesehene Kokspreis des Magistrats. In diesem Geschäftsjahr, in dem der Kohlenpreis sich sprunghaft von rund 60 Mk. auf rund 150 Mk. für 1 To. frei Gaswerk der Tagespreis für Koks sich von 4,05 Mk. auf 13,50 Mark für 1 Ztr. ab Gaswerk gehoben hat, mußte das Verfahren zu bedeutenden Gewinn-Ausfällen beim Gaswerk führen. Ganz besonders hat sich das im Laufe des Winters fühlbar gemacht, als infolge des steigenden Brennstoffbedarfs bei herabgehender Kokserzeugung des Gaswerks, der Magistrat nahezu die ganze zum Verkauf freie Erzeugung des Gaswerks an Koks für sich in Anspruch nehmen mußte, sodaß eine Abwälzung der Kohlenpreissteigerungen auf die Koks abnehmende Privatkundschaft nur in sehr geringem Maße möglich war. Dem Gaswerk sind dadurch Verluste entstanden, die sich in der Zeit vom 1. April 1919 bis 31. Dezember 1919 auf rund 350 000 Mk., und in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 31. März auf rund 340 000 Mk., zusammen: 690 000 Mk. belaufen; d) die Verluste infolge völliger Einstellung der öffentlichen Gasbeleuchtung, wodurch bei Kap. XVIII des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200127011/fragment/page=0002

Hauptbauhaltsplanes zwar voraussichtlich rund 130 000 Mark erspart werden, andererseits aber dem Gaswerk für Verzinsung der Schulden, Abschreibung der Anlagewerte, Unterhaltung der Anlagen usw. rund 50 000 Mk. Kosten entstehen, für die keine Deckung erfolgt.

Die unter e) nachgewiesenen, den im Haushaltsplan 1919 mit rund 511 000 Mk. vorgesehenen Reingewinn des Gaswerks weit übersteigenden Beträge stellen einen an die Stadt abzuliefernden Gewinn dar; eine weitere Barablieferung an die Stadtkasse ist bei dieser Sachlage voraussichtlich nicht mehr zu erwarten. Um unter den veränderten Verhältnissen im übrigen die Ausgaben und Einnahmen des Gaswerks, soweit sie heute feststellbar sind, in Uebereinstimmung zu bringen, bedarf es einer Erhöhung der Gaspreise um 30 Pfg. pro Kubikmeter. Der Magistrat beantragt deshalb, mit Wirkung von der Abrechnung im Januar 1920 ab die Gaspreise wie folgt festzusetzen: 1 für 1 Kubikmeter Niederdruckgas: a) durch gewöhnlichen Gasmesser abgegeben zum Beleuchten, Kochen und Heizen auf 80 Pfg., zum Betriebe von Gasfraftmaschinen und zu anderen gewerblichen Zwecken auf 78 Pfg.; b) durch Münzgasmesser abgegeben nach Form A auf 80 Pfg., nach Form B auf 83 Pfg.

2. Für die Abgabe nach dem Pauschalpreis für 1 Leuchtflamme von ca. 100 Kerzen Helligkeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September 5,30 Mk., in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März 8 Mk., für 1 Leuchtflamme von ca. 50 Kerzen Helligkeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September 3,60 Mk., in der Zeit vom 1 Oktober bis 31. März 5,30 Mk. monatlich.

Der Referent bemerkt, daß im Haushaltsausschuß der viel zu niedrige Einheitspreis für Koks bemängelt ist. Der Ausschuß habe beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, zu fordern, daß für das nächste Etatjahr die Kokspreise entsprechend der Marktlage, für die verschiedenen Etats, Schuletat usw. eingestellt werden.

Stv. Wolf (Unabh.): Die Preiserhöhung ist doch gar zu arg und sie trifft nur die weniger bemittelte Bevölkerung, denn die besser situierte hat elektrisches Licht.

Stv. Manchewski (Deutschdem.): Früher rief schon eine Preiserhöhung des Gases um 2 Pfg. Erregung hervor; jetzt wird ein Aufschlag von 30 Pfg. gefordert. Darin zeigt sich auch wieder die Gesinnung des Gebers. Der Dezernent, Herr Stadtbaurat Lammers, hat uns gesagt, die Kohlenversorgung des Gaswerks sei besser geworden; wir sollen deshalb eine Stunde daran denken. Aber in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Stunde, die uns das Gaswerk des Morgens zugeteilt hat, am Abend abgezogen ist. Vielleicht könnte man der Bürgerschaft doch noch mehr entgegenkommen und mit Rücksicht auf die verbesserte Kohlenzufuhr Gas des abends von ½6 bis 10 Uhr und morgens von 6 bis ½8 Uhr geben.

Stadtbaurat Lammers: Wir in der Gaswerksverwaltung bedauern es am allermeisten, daß die Verhältnisse in der Gasversorgung so unglücklich sind und daß unser Gaswerk deshalb gar nicht rationell arbeiten kann. Herrn Wolfs Ansicht, daß nur die Minderbemittelten durch die Gaspreiserhöhung getroffen werden, ist aber falsch. Dem steht schon u. a. die eine Tatsache entgegen, daß auch in den Haushalten der Weiterbildungsinstitute Gas zum Kochen verwandt wird. Die Preise für Elektrizität sind auch gestiegen, und zwar andauernd. Das kommt nur nicht in die Oeffentlichkeit, weil nach dem System der gleitenden Skala verfahren wird, die Sache sich also von selbst regelt, je nach dem Steigen der Kohlenpreise. Das Elektrizitätswerk wird mit Braunkohle betrieben, und die haben wir genügend. Daß die Stadt den Koks so billig bezieht, ist ein Nutzen, der der Allgemeinheit zufällt. Für die verschiedenen Etats ist es eine Erleichterung, wenn man gleich von vornherein einheitliche Preise einstellen kann. Das Gaswerk wird nicht unzünftiger behandelt als das Elektrizitätswerk. Es liefert keine Ueberschüsse direkt ab; beim Gaswerk, das infolge der Betriebseinschränkung keinen Gewinn macht, fließt der erforderliche Ertrag dem Stadtsäckel indirekt zu, eben durch die billigeren Kokspreise. Die Wassergasanlage könnten wir in 14 Tagen in Betrieb nehmen, wenn sich die Kohlenverhältnisse günstig entwickeln sollten.

Stv. Hildebrandt (Unabh.) bemängelt den Einheitspreis von 2,50 Mk., den die Stadt zu zahlen hat. Es müßte der volle Preis für Koks eingesetzt werden, denn sonst müssen die Gaswerkbraucher Lasten tragen, die eigentlich die Allgemeinheit zu tragen hat. Das elektrische Licht ist längst nicht so verteuert, wie Gas.

Bürgermeister Seydel: Wir schließen unseren städtischen Gesamtetat an sich schon mit Defizit ab. Das Defizit würde noch viel höher werden, wenn von jenem im vorigen Frühjahr festgesetzten Kokspreis von 2,50 Mk. abgewichen und der wirkliche Preis eingesetzt würde. Es ist ein verlebter Grundsatz, zu sagen, die Allgemeinheit soll das Defizit der Gasanstalt tragen. Die Allgemeinheit hat ja dafür gar keine Mittel. Die Steuern sind doch begrenzt. Der Weg, der in der Vorlage vorgeschlagen wird, ist der richtige.

Stv. Minner (Deutschdem.): Herr Hildebrandt ist im Irrtum, wenn er meint, die Preise für das elektrische Licht seien nicht verzinsbar in die Höhe gegangen. Das elektrische Licht steht in einem Preise dem Gaslicht kaum nach. Mit der Einsetzung eines einheitlichen Kokspreises für die Stadt, der sich nachher als viel zu niedrig erweist, sind wir nicht einverstanden. Wir denken dabei an die Nachkriegseinkünfte, daß wir in unserem Etat auf die Reichssteuern angewiesen sein werden, und daß uns dann vorgeworfen wird, was wir verbrauchen dürfen. Da heißt es, mit Scheinziffern operieren, wenn wir den städtischen Gasanstalten zugunsten des Gaswerks. Die städtischen Betriebe müssen sich nicht bloß erhalten, sondern sie müssen Ueberschüsse bringen. Es ist ein falsches Verfahren, den Schulen und anderen Anstalten den Kokspreis zu einem Preise zu liefern, der mit dem wahren Preise in gar keinem Einklang steht. Es kann der Fall kommen, wo wir für Kulturaufgaben im städtischen Etat keine Mittel haben und dann kann das Gaswerk mit seinem Ueberschuß einspringen. Wir dürfen also den Ueberschuß nicht künstlich auf einem niedrigen Niveau halten, damit die Schulen und andere Institute geringere Ausgaben haben. Dadurch würde es geschehen, daß jene den Steuerzahlen falsche Ziffern erscheinen. Wir haben im Gaswerksstatorium jetzt daran gedacht, für das nächste Etatsjahr statt des Preises von 2,50 Mk. für Koks nicht nur den jetzigen Tagespreis von 14,50 Mk., sondern den zu erwartenden Preis von 20 Mk. einzusetzen, daher da hat es gleich bei den Dezernenten der verschiedenen Verwaltungszweige einen Sturm des Widerspruchs gegeben. Sehr mit Unrecht, denn die Aufwendungen jener Dezernenten gehören auf den Steuerbedarf.

Stv. Hildebrandt (Unabh.): Die Gaspreiserhöhung ist im Grunde eine indirekte Steuer und meine Partei lehnt jede indirekte Steuer ab. Sie wünscht nicht, daß das Gaswerk Ueberschüsse liefert.

Stadtbaurat Lammers: Ob die Betriebe Ueberschüsse liefern sollen oder nicht darüber wird man beim Etat zu sprechen haben. Jedenfalls werden bisher Gaswerk und Elektrizitätswerk gleich behandelt. Den Gaspreis müssen wir erhöhen, damit das Gaswerk kein Zuschußbetrieb wird. Das Gaswerk hat übrigens

22 000 Kunden.

Stv. Minner (Deutschdem.): Herrn Hildebrandts Auffassung ist unhaltbar. Das Gaswerk muß Ueberschüsse bringen; wir werden die Ueberschüsse noch einmal brauchen, um da ein Loch auszustopfen, wo die Reichssteuern nicht hinlangen. Auch Herrn Hildebrandts Partei wird noch einmal froh sein, in solchen Ueberschüssen Reservepositen zu haben.

Stv. Kleeis (Mehrheitssoz.): Wir stimmen der Vorlage zu. Wir wollen zwar keine großen Ueberschüsse vom Gaswerk, aber auch keine Fehlbeträge. Es gibt in Halle 70 000 Haushaltungen. Da sind alle bei 22 000 Kunden des Gaswerks nicht einmal ein Drittel Gasbezieher, mithin gibt es viele arme Leute, die kein Gas haben. Und diese armen Leute müßten, wenn wir nach Herrn Hildebrandts Vorschlag verfahren, durch Steuern mit dazu helfen, daß jene 22 000 das Gas billiger erhalten, als eigentlich möglich ist.

Stv. Weickert: Nach unverfälschter Auskunft sind in Halle nur 50 000 Haushaltungen, und davon erhält das Gaswerk Gebührenbeiträge von ganzen Norden. Die Preise für Elektrizität nähern sich schließlich den Gaspreisen. Und ohne weitere Erhöhungen wird es auch da nicht abgehen.

Die Verbindung der Gaspreise wird gegen die Stimmen der Unabhängigen beschlossen. Der Antrag, in den neuen Etat den an die Stadt zu liefernden Koks zu Preisen der Marktlage entsprechend einzusetzen, findet mit großer Majorität Annahme.

5. Zur Deckung der Kosten für die Erneuerung der Seitenteile des Hauptkessels der Schmiedewalze an der Tandem-Dampfmaschine sowie für die Beschaffung verschiedener Ersatzteile zu dieser Maschine werden 2234,30 Mk. aus dem Erneuerungsfonds des Schachthofes bewilligt. — Ref. Stv. Gelbaar (Unabh.).

6. Für die unter dem Flugplatzgelände zu entwickelnden unterirdischen Bäue der Grube Ver. Karl-Ernst soll ein elektrisch angetriebener Grubenventilator beschafft werden. Angebote sind von den Firmen: Maschinenfabrik Friedrich Pelser, Dortmund; Siemens-Schuckertwerke, Halle; Schuchtermann & Kremer, Dortmund, eingeholt. Der Zuschlag ist der ersteren Firma erteilt. Ihr Angebot ist das billigste und technisch einwandfrei. Der Gesamtpreis beträgt (zusätzlich 800 Mk. für Kapselung des Motors) 18 262 Mk.; wie hoch er bei Lieferung unter den jetzt üblichen Bedingungen sein wird, ist noch nicht festzustellen. Vorläufig werden 20 000 Mk. in Ausschß genommen, die aus den Betriebsüberschüssen der Grube Ver. Karl-Ernst bewilligt werden. — Ref. Stv. Grafe (Unabh.).

7. Für die Herstellung des Daches der Kirche St. Georgen ist gemäß der Brandenburgischen Kirchenordnung und der durch Urteil des Reichsgerichts vom 19. Oktober 1886 festgestellten Observanz der Betrag von 3880 Mk. aus Gemeindemitteln zu bewilligen. — Ref. Stv. Finger (Deutsche Volkspartei).

Stv. Albrecht: Wir lehnen die Bewilligung aus prinzipiellen Gründen ab.

Die Kirchengemeinschaften

sind private Vereinigungen, die sich selbst erhalten müssen. Viele Bürger sind beitragende Dividenden, die würde man aber, wenn man die Ausgaben bewilligt, mit an den Kirchenlasten heranziehen. Wenn die Stadt früher im Prozentwege zahlungspflichtig gemacht ist, so könnte das nicht mehr geschehen, wenn wir eine feudalistische Republik hätten. Aber die haben wir leider nicht dank den Mehrheitssozialisten, die oft schlimmer sind, wie die wilhelminischen Regierenden. (Der Redner verbreitet sich des längeren darüber.)

Pastor Hennig (Unabh.): Herr Albrecht, wir sprechen vom Kirchenbau. (Heiterkeit.)

Stv. Kleeis (Mehrheitssoz.): Wir sind dem Grundsatz nach derselben Ansicht wie die Unabhängigen. Aber mit den Grundsätzen kann man nicht durch die Wand rennen. Die obersten Gerichte haben entschieden, die Stadt hat 40 000 Mk. Kosten gehabt, und wenn sie wieder klagen wollte, würde das Reichsgericht zu demselben Urteil kommen, denn es muß sich an die bestehenden Gesetze halten. Aus Gründen der Vernunft stimmen wir also zu.

Stv. Hoe (Deutschdem.): Ich hätte mir gewünscht, aus Herrn Albrechts Munde einen Stoßseufzer und einen Sehnsuchtsschrei nach dem wilhelminischen Regiment zu hören. (Heiterkeit.) Eigentlich ist es doch eine recht belanglose Sache, um die wir uns hier streiten. Die Tachauslösung muß gemacht werden, ob es sich um eine Kirche handelt oder nicht die Stadt muß für Unterhaltung des Gebäudes sorgen, denn ihr liegt eine Observanz ob. Was in dem Gebäude geschieht, ist gleichgültig. Sie, die Herrn Unabhängigen, können jetzt die unfruchtbare Opposition treiben, weil Sie nicht in der Mehrheit sind. (Lurui des Stv. Bock (Unabh.): „Die Stadtverordnetenmehrheit sind erst im Herbst!") Nun, wir können sie ja heute schon vorbereiten. (Heiterkeit.) Wenn wir nach den Wünschen der Unabhängigen es auf einen Prozeß ankommen ließen, dann würden wir Bremsel mit 40 000 Mk. Kosten nicht willkommen; denn auch solche Prozesse sind teurer geworden. Nur um eines Prinzips wegen sich solche Lasten auferlegen, das widerstreitet doch der Vernunft. Einen Prozeß, den ich bis zur letzten Instanz verloren habe, fange ich nicht wieder an.

Stv. Keil (Deutschdem.): Die Herren Unabhängigen mögen sich der Abstimmung enthalten, dann wahren sie ihr Prinzip. Aber sie können nicht gegen die Vorlage stimmen, denn dann handeln sie nicht vernünftig. Der Einwand des Herrn Albrecht, daß bei Annahme der Vorlage auch Dissidenten zu den Kirchenlasten beitragen, ist nicht durchschlagend; denn jemals, als die Observanz festgestellt wurde, mußten auch die Katholiken und Juden schon, die doch auch Steuern an die Stadt zahlen, zu den Kosten der Observanz beitragen. Der Magistrat würde, wenn wir die Vorlage ablehnten, den Konflikt erheben und der Bezirksausschuß würde ihm einfach Recht geben.

Bei der Abstimmung entscheiden sich alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen für die Vorlage, die damit angenommen ist.

8. Zur sofortigen Instandsetzung der Kesselanlage in der Oberrealschule werden 1560 Mk. bewilligt. — Ref. Stv. Volbracht (Mehrheitssoz.) und Hoe (Deutschdem.).

9. Für die Räume der Gast- und Schankwirtschaft im Kurhaus Bad Wittekind werden zur Instandsetzung, zur Ausstattung mit elektrischem Licht und zum Einbau einer Zentralheizung 80 000 Mk. bewilligt. Die Versammlung beschließt 100 000 Mk. zu bewilligen, da sich noch einige andere Instandsetzungsarbeiten als erforderlich erwiesen haben. — Ref. Stv. Knauthe und Steinbrück.

Stv. Wolf (Unabh.) beantragt, die Arbeiten in städtischer Regie ausführen. (Der Antrag wird mit 31 (die beiden sozialdemokratischen Gruppen) gegen 30 bürgerliche Stimmen angenommen.)

10. Der Witwe des verstorbenen Straßenbahnwagenführers Albert Enke, Marie Enke geb. Zacharias, jetzt man vom 24. Dezember 1919 ab ein Witwengeld von jährlich 251,85 Mk. für ihre Kinder Knut und Otto bis zum vollendeten 15. Lebensjahre ein Waisengeld von jährlich zusammen rund 100,83 Mk. zu. — Ref. Stv. Finger.

11. Die Witwe des verstorbenen Straßenbahnwagenführers Wilhelm Jahn, Berta Jahn geb. Thomas, soll vom 17. Oktober 1915 ab ein Witwengeld von jährlich 244,40 Mk., für ihre Tochter Gertrud bis zum vollendeten 15. Lebensjahr ein Waisengeld von jährlich 48,88 Mk. erhalten. — Ref. Stv. Finger.

12. Den aus dem Militärunwärterstande hervorgegangenen städtischen Beamten beschließt man künftig die Militärdienstzeit auf das Besoldungsdienstalter nach staatlichen Grundsätzen mit gehaltlicher Wirkung vom 1. April 1919 ab anzurechnen. — Ref. Stv. Hoe (Deutschdem.).

Eine zur Sache eingegangene Petition wird dem Magistrat als Material überwiesen.

13. In Uebereinstimmung mit der Friedhofs-Deputation beschließt die Versammlung die Annahme eines sofort in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehenden Kapitals von 40 000 Mk., gegen Uebernahme der Pflege und Schmückung zweier Erbbegräbnisstellen auf dem Nordfriedhof. — Ref. Stv. Dürrfeld (Mehrheitssoz.).

14. Die Aufgaben der bei dem städtischen Gesundheitsamt tätigen Aerzte haben sich, wie Stv. Ritter (Deutschdem.) in neuerer Zeit auf allen Gebieten nach Umfang und Bedeutung so entwickelt, daß mit den bisherigen Kräften die erstrebten Ziele nicht mehr zu erreichen sind. Am meisten gilt dies hinsichtlich der

kinderärztlichen Fürsorge

und der ärztlichen Arbeit im Stadttrennkenhause. Die Säuglingsfürsorgestelle erfreut sich eines großen, stetig wachsenden Zuspruchs. Die ärztliche Ueberwachung der Ziehkinder und Pflegekinder hat weitgehende Anspruche; dazu kommt die gleiche Tätigkeit für die Kinder im Kinderheim Beesener Str. 14. Am städtischen Säuglingsheim (Emilienheim der Heinde-Lehmann-Stiftung), in dem vornehmlich kranke Säuglinge Aufnahme finden, wird der Arzt vielmehr als früher benötigt, seine Arbeit erfordert dort täglich mehrere Stunden, nicht gerechnet die Zeit des Unterrichts, welchen er den Schülerinnen des Heims zu erteilen hat. Die jüngst beschlossene Erweiterung des Emilienheims und die Vermehrung der Betten hebt besser, so daß auch hier eine weitere Steigerung in der Belastung des Arztes unvermeidlich ist. Ebenfalls gestalten sich die Verhältnisse im Stadtkrankenhause. Die Belegungsziffer, die im Jahre bis März 1919 30,86 betrug, ist im April bis Juni auf 40,5, im Juli bis Sep. ember auf 52,5 und seitdem auf 70,1 gestiegen. In gleichbleibender Zeit wird die Aufnahme behandlungsbedürftiger Tuberkulosen in vermehrter Zahl notwendig. Bei dieser Sachlage ist es nicht angängig, die vorstehend bezeichneten Dienststellungen, wie bisher, nur von einem Arzte versehen zu lassen. Um der Kinderärzte und der Krankenhaus-Fürsorge solche Mitarbeit zu geben und andererseits die geforderte Rückaufnahme auf die Inanspruchnahme des einzelnen Arztes nicht zu verzichten, ist eine Trennung der Funktionen dahin nötig, daß zu jeder Zeit ein besonderer Arzt bereits, d. h. ein Krankenhausarzt angestellt und der bisherige Arzt ausschließlich in der Kinderfürsorge beschäftigt wird.

Man beschließt, für das Stadttrennkenhaus einen besonderen Arzt durch Privatdienstvertrag anzustellen und ihm gleichzeitig die ärztliche Betreuung des Kinderheimes zuzuweisen. Das Jahresgehalt soll 6000 Mk. betragen.

Die Turtle 15 und 16 betreffen Gutsbesitzerstellungen beim Schlacht- und Viehhof in Höhe von 154 067 und 55 441 Mk. Sie werden bewilligt. — Ref. Stv. Gelbaar (Unabh.).

Außerhalb der Tagesordnung wird als Eilsache eine Vorlage über

Verwertung von Flugplatzgelände

verhandelt. Wie Stv. Balle (Deutschdem.) ausführt, hat der Militärverwaltung auf Drängen der Stadt ihr zunächst eine andere obere Fläche von 363 Morgen zurückgegeben, die soll sicherlich landwirtschaftlich genutzt werden. Der Magistrat hat nun tagt, diese Fläche dem städtischen Landgut Seeben, zu dem sie einst gehört hat, wieder zuzuteilen und die Bewirtschaftung dem Pächter des Gutes Amtmann Lucke, zu überlassen, der im ersten Jahre mit Rücksicht auf den sehr unsicheren Ertrag 40 Mk. für die Morgen drei Jahre je 10 Mk. für den Morgen zahlen will. Dem Arbeitern der städtischen Grube Karl-Ernst sollen 20 Morgen Kartoffelland näher an die Stadt heran zur Verfügung gestellt werden. Eine Fläche von 40 Morgen will der Magistrat dem jetzigen Pächter des städtischen Klausberguades, Zimmermeister Ohmann, im Austausch gegen eine gleich große Fläche dieses Ackers, die die Stadt als Kleingärten benutzen will, überlassen.

Stv. Balle bemerkt, daß der Grundeigentumsausschuß die Vorlage abgelehnt und statt dessen einen Antrag der Unabhängigen angenommen habe,

jene 300 Morgen in städtischer Regie

zu bewirtschaften, und zwar hoffen die Antragsteller, daraus größere Mengen Kartoffeln für die Stadt ernten zu können. Die Minderheit, zu der er selbst gehört habe, halte die Uebernahme in städtische Regie nicht für das Zeitgemäße.

Es entspinnt sich über die Vorlage eine lange Debatte. Gegen den Magistratsantrag wird die Bewirtschaftung jener Fläche in städtischer Regie beschlossen. Dafür stimmen die beiden sozialdemokratischen Gruppen und der größere Teil der Deutschdemokraten.

Auf die Debatten im einzelnen, kommen wir zurück.

Sonst werden von der umfangreichen Tagesordnung keine Punkte weiter erledigt, wohl aber zwei Dringlichkeitsanträge.

Zunächst der Antrag des Stv. Borges (Deutschdem.) und Genossen: Den Magistrat zu ersuchen,

Ladenschluß wieder auf 6 Uhr abends

festzusetzen.

Stv. Borges führt Begründung aus: Der Ladenschluß um 5 Uhr bedeutet eine Erschwerung unseres Geschäftslebens. Es erscheint jedoch an der Zeit, diese Erschwerung aufzuheben, denn tatsächlich ist jetzt nur noch einer geringer Teil der Geschäfte um 5 Uhr. Die meisten haben länger auf. Da ist es doch besser, man schafft wieder einen legalen Zustand und setzt einheitlich den Ladenschluß auf 6 Uhr fest. Dann wird einer wie der andere behandelt, und nicht diejenigen haben einseitig Vorteil, die sich über die bisher gültige Bestimmung in der Praxis hinwegsetzen.

Die Versammlung stimmt widerspruchslos zu. Auch die Unabhängigen stimmen größtenteils dafür.

Weiter wird verhandelt der Antrag des Stv. Bowitzki (Unabh.) und Genossen: Den Magistrat zu ersuchen, auf schleunige Beseitigung des verhärteten Ausnahmezustandes, Wiederherstellung der Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit zu drängen, insbesondere für Aufhebung des Erscheinungsverbotes des Volksblattes zu sorgen.

Stv. Bowitzki begründet den Antrag, indem er darlegt, daß für jene Maßnahmen die militärischen Machthaber gar keine Veranlassung vorliege.

Es meldet sich niemand von den anderen Parteien zum Worte. Der Antrag wird abgelehnt mit den Stimmen sämtlicher bürgerlicher Parteien und der Mehrheitssozialisten; nur die Unabhängigen sind dafür.

Nicht Parteigezänk, sondern gemeinsame Arbeit.

(Schluß.)

Und nun zu der Gestaltung Deutschlands, ob Einheits- oder föderalistischer Staat! Wir können uns den Luxus nicht erlauben, uns 2000 Parlamentarier und 160 Minister zu halten. Alles Trennende muß zurückgesetzt werden, und das kann nur geschehen, wenn der föderalistische Staat verschwindet.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftsfragen ist eine Einigung allerdings ziemlich schwierig zu erreichen. Der Sozialismus, unter dessen Herrschaft nur soviel produziert werden soll als verbraucht wird, hat für manchen viel Bestechendes an sich. Unser Elend kommt aber daher, daß wir bedeutend mehr verbrauchen als produzieren; deshalb sinkt unsere Valuta von Tag zu Tag. Und meinen die Herren Sozialisten denn, daß die amerikanischen Bankiers uns noch weiter leihen werden, wenn die Entscheidung nicht mehr für das, was sie hoffen, sondern wahrscheinlich? Dem preußischen Eisenbahnfiskus, dem größten Unternehmer der Welt, mußte das deutsche Volk im vorigen Jahre sogar noch 3 Milliarden hinzuzahlen, damit er seine Arbeiter bezahlen konnte. Wer legt nach der Uhr arbeitet, hat die Not nicht begriffen; die Arbeiterschaft muß wieder Akkordarbeit leisten, sonst wird sich unser Vaterland nie wieder von den schweren Schlägen erholen, die es getroffen haben. Um die Schulden wenigstens zum Teil abzustoßen, ist das Reichsnotopfer unbedingt erforderlich. Nach der Revolution wäre jeder gern zu einem derartigen Opfer bereit gewesen, und heute sträubt sich jedes dagegen, wer das tut, dem fehlt jedes Verständnis für die bedrängte Lage unseres Wirtschaftslebens. Vor allem muß zu einer besseren Ausnutzung unserer nationalen Reichtümer geschritten werden. Die Höchstpreise in der Kohlenindustrie haben dazu geführt, daß die an die Entente abgelieferte Kohle unter dem Weltmarktspreis abgegeben wird. Müßten sie den Weltmarktspreis zahlen, so würden wir jährlich 20 Milliarden Mark mehr erhalten. So traurig es also vom Standpunkte der Menge aus ist, müssen die Preise in allem noch bedeutend heraufgesetzt werden. Nur dann kann ein richtiges Verhältnis zwischen Import und Produktion bestehen. In der Stadt herrscht Arbeitslosigkeit, aber auf dem Lande Mangel. Dem kann nur dadurch abgeholfen werden, daß

für Jugendliche die Arbeitspflicht

eingeführt wird. Das würde nur verjüngend wirken, denn dann würden manche Jugendliche Achtung vor ihren Volksgenossen bekommen, über die sie sonst hinwegsehen. (Beifall.)

Bis dahin sind wir uns, glaube ich, mit den Deutschnationalen vollkommen einig. Diese Einigkeit erscheint aber daran, daß die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200127011/fragment/page=0003

Rechtsparteien jede Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ablehnen. Ohne die Sozialdemokratie können wir nun einmal nicht mehr auskommen; wäre die Sozialdemokratie wieder Oppositionspartei, so würde nie Ruhe in unser Wirtschaftsleben kommen. Der Feind steht nicht rechts, er steht auch nicht links, (Zuruf: Nein, in der Mitte!) nein, er steht jenseits des Rheines, und das sollen wir niemals vergessen! (Lang anhaltender, sich immer wiederholender Beifall.)

Herr Munnicke, Parteisekretär der Deutschnationalen: Ich gehe zu, daß die Rede des Herrn Kunze eine Entaeleitung war. (Hört! Hört! Aha!) Herr Kunze ist aber für uns nicht maßgebend. Die Demokraten haben erst die Einheitsfront erschüttert, dadurch das sie während des Krieges das gleiche Wahlrecht forderten. (Gelächter.) Das Programm, das Herr Schreiber entwickelt hat, ist überhaupt das Programm unserer Partei. (Gelächter.)

Herr Groß: Die Judenfrage ist nur akut geworden, weil man einen Prügelknaben braucht. Wir Juden haben auch während des Krieges unsere Pflicht getan. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, aber der Mohr wird nicht gehen.

Herr Fritz: Die Deutschnationalen haben auf Vertrauen nicht mehr zu rechnen, da sie nur kritisieren und nicht positive Arbeit leisten. (Beifall.)

Herr Kantsch: Wir müssen uns wieder zusammenfinden und den Parteihader aufgeben. Nur dann kann unser armes Volk wieder gesunden. (Beifall.)

Im Schlußwort führt Herr Schreiber aus: Herr Munnicke redet von einer Entaeleitung des Herrn Kunze. Wie vereinbart sich das aber damit, daß uns die Hallesche Zeitung die erfreuliche Nachricht in Aussicht stellt, Herrn Kunze bald wieder in Halle begrüßen zu dürfen? Warum greifen uns eigentlich die Deutschnationalen an, wenn unser Programm auch das ihrige ist? Die Forderung des gleichen Wahlrechtes war einfach eine Anstandspflicht gegenüber den Frontkämpfern. Dadurch ist der Zusammenbruch nicht verursacht worden; der Zusammenbruch kam, weil man uns betrogen hat. (Langanhaltender Beifall.)

4. Sinfonie-Konzert des Stadttheater-Orchesters.

Unter den musikalischen Veranstaltungen des Stadttheaters gehörten die Sinfoniekonzert bisher immer zu denen, die die besten Eindrücke hinterließen. Leider erstarb man diesmal eine Enttäuschung, obwohl man einen Künstler von sehr klangvollem Namen als Gastdirigenten gewonnen hatte, Prof. Dr. Georg Schumann. Was er in dieser Eigenschaft bot, erreichte nicht die Höhe, auf der wir ihn als Komponisten und vor nicht zu ferner Zeit als Kammermusiker kennen gelernt haben. Bis zu welchem Grade hierzu Mangel an Proben beigetragen haben mag, entzieht sich unserer Kenntnis, aber man hatte auch den Eindruck, als ob von seinem Stab nicht die suggestive, inspirierende Kraft ausging, die man bei anderen Meistern am Pult zu beobachten Gelegenheit hatte. So wurde anständige Durchschnittsmusik gemacht, wie das bei einem routinierten Orchester und einem routinierten Kapellmeister sich von selbst versteht, in der Gesamtanlage, wie sie sich aus den Kompositionen von Natur ergibt, war nichts verfehlt, aber der zündende Funke fehlte, man vermißte die persönliche Note des aus seinem eigenen Temperament heraus gestaltenden Musikers. Auch in der seineren technischen Durcharbeitung hätte noch manches getan werden können. Die Ideenfülle eines Schubert tat trotzdem ihre Wirkung und die Darbietung der C-Dur-Sinfonie bedeutete zweifellos den wertvollsten Teil des Programms. Der natürliche Fluß des Werkes wurde gewahrt. Die versprochene Aufführung einer neuen Komposition für Orchester- und Gesangsoli von G. Schumann, die sicher besonderes Interesse beansprucht hätte, fiel infolge Absage der Altistin weg, und als einen kärglichen Ersatz dafür bekam man Rienzis Gebet und das nicht ganz unbekannte Liebeslied Siegmunds zu hören. Kammersänger Leonor Engelhard, der über eine gute Tenorstimme mit leichter Höhe verfügte, nahm die Sache ziemlich leicht, er sang ohne innere Anteilnahme, um nicht zu sagen, langweilig, und vermochte daher nicht zu erwärmen.

Dr. H. Kl.

Provinzial-Nachrichten.

:—: Raguhn (Kreis Dessau). 26. Januar. (Erschossen.) Auf der benachbarten Domäne Retzau wurde in letzter Nacht ein Mann beim Kartoffelstehlen von einem Wachtposten überrascht. Er setzte sich zur Wehr, suchte zu entfliehen, und es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlauf der Kartoffeldieb von dem Wachmann erschossen worden ist. Die Person des Erschossenen konnte noch nicht identifiziert werden.

? Erfurt, 26. Januar. (An die Eisenbahndirektion Erfurt) versetzt wurde Oberregierungsrat Pfeiffer von der Eisenbahndirektion Halle.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußball in Halle.

Borussia schlägt Sportfreunde 4:3 (1:2); V. f. L. Halle kann im Gesellschaftsspiel Favorit 4:1 (3:0) schlagen. Sportverein 98 und Wacker teilen sich mit 0:0 in die Ehre des Tages.

Herrliches Fußballwetter, dafür aber um so miserabelere Bodenverhältnisse, das war die Signatur des gestrigen Sonntags. Also wieder einmal ein verlorener Sonntag. Die Plätze befanden sich in einer derartigen Verfassung, daß ein Verbandsspiel nicht auszutragen war. Teilweise wurde zwar der Versuch gemacht, aber schließlich mußte man sich doch davon überzeugen, daß ein einwandfreies Spiel nicht durchzuführen war. Das Spiel Borussia-Sportfreunde, das schließlich doch als Verbandstreffen durchgeführt wurde, hätte besser auch abgepfiffen werden können. Von einem wirklich spielfähigen Platze kann hier niemals die Rede sein. Nun keine Partei legte zu Protest wegen des Platzes ein, so daß seine Wertung nicht angefochten kann. Die Resultate entsprechen größtenteils unseren Erwartungen, die gezeigten Leistungen waren allerdings des schlechten Bodens nicht ligafähig. Nun zu den Spielen selbst.

Der Hauptanziehungspunkt des Sonntags war die Begegnung Wacker-Sportverein 98. Trotz des weiten Weges hatte sich eine zahlreiche Sportgemeinde auf die Beine gemacht, um die Entscheidung um die diesjährige Meisterschaft fallen zu sehen. Die Erwartungen wurden in keiner Weise erfüllt. Denn der Wackerplatz glich eher einem Moorbade als einem Fußballplatze. Mit Rücksicht auf die Zuschauer erklärten sich aber beide Spielführer bereit, wenigstens ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Nun auch dies wäre besser unterblieben. Denn an ein Spielen im wirklichen Sinne war natürlich nicht zu denken. Der Ball blieb liegen, wo er gerade hinfiel, so daß von Zusammenspiel nichts zu sehen war. Vor dem Tore war es besonders lustig. Also jeder Schuß war unmöglich. Selbst einen Elfmeter konnte keine der beiden Parteien verwandeln.

Etwas lebhafter ging es auf dem Borussiaplatze her, wo die Borussen sich von den Sportfreunden mit Mühe und Not zwei Punkte holten. Der Platz machte anfänglich einen ganz vertrauenserweckenden Eindruck, als aber eine Zeit lang darauf gespielt war, mußte man doch erkennen, daß auch hier nicht viel los war. Trotzdem ließ der Unparteiische bis zum Schluß das Spiel durchspielen. Wenn Borussia schließlich knapp 4:3 gewann, so verdankt es dies in erster Linie dem energischen Sturm. Technisch waren die Sportfreunde zwar überlegen, was nutzt aber alle Technik und Kombination, wenn vor dem Tore der entscheidende Schuß fehlt. Das Spiel hatte durchaus offenen Charakter, bald war die eine Partei, bald die andere vor dem Tore des Gegners. Zwei Einzelleistungen brachten Sportfreunde, da Borussia nur ein Tor entgegenzusetzen konnte, bis zur Pause in Führung. Dann aber glich Borussia bald durch Meißner aus, um wenige Minuten später durch denselben Spieler in Führung zu gehen. Den Sportfreunden glückte dann nochmals der Ausgleich, als aber Borussia ein viertes Tor erzielt hatte, verstärkte es die Hintermannschaft, so daß alle Versuche Sportfreunde gleichzuziehen, fruchtlos verliefen.

Das dritte Spiel, Favorit-V. f. L. Halle, wurde ebenfalls als Verbandsspiel begonnen. Allähnlich wurden die Bodenverhältnisse derartig, daß der Unparteiische schließlich 20 Minuten vor Schluß abbrach und es nur als Gesellschaftsspiel weiter leitete. Der V. f. L. lieferte heute wieder einmal, trotz verschiedener Ersatzleute ein recht nettes Spiel. Allerdings soll nicht unerwähnt bleiben, daß Favorit wieder einmal so ziemlich unter Form war und recht lasch spielte. Die Platzbesitzer waren dann abgesehen von der letzten Viertelstunde haushoch überlegen, konnte aber ihre Ueberlegenheit bei der vielbeinigen Verteidigung nicht zahlenmäßig zum Ausdruck bringen. Zwei Ueberraschungstoren in den ersten 5 Minuten folgte erst nach zirka 20 Min. Nr. 3. So ging es in die Pause. Nachdem der V. f. L. dann noch einen vierten Erfolg errungen hatte, konnten die Favoriten aus einem Erfolg wenigstens die Ehre retten.

Der Stand der Tabelle hat sich noch dem gestrigen Spieltage wenig verändert. Borussia, Wacker und Sportverein 98 bleiben weiterhin an der Spitze.

Um den deutschen Bundespokal.

Westdeutschland siegt überraschend 3:2, Südostdeutschland kann Berlin nach Verlängerung mit 4:3 niederkämpfen.

Nicht nur in den einzelnen Gauen, sondern auch in den Spielen um den deutschen Bundespokal scheinen Ueberraschungen an der Tagesordnung zu sein. Auch die Zwischenrunde brachte die seine. Norddeutschland mußte sich vor annähernd 15 000 Zuschauern, man könnte bald sagen unverdient ihren Gastgebern, den Westdeutschen mit 3:4 beugen. Norddeutschland war ohne Zweifel in Technik überlegen, konnte aber diesen Vorteil nicht auswerten, da die Mannschaft reichlich von Pech verfolgt war. Bei Halbzeit stand das Spiel 2:0 für Norddeutschland. Dann kamen aber die Westdeutschen tüchtig in Schwung und erzielten 3 Tore.

Einen erwarteten Ausgang nahm das zweite Spiel, Berlin-Südostdeutschland. Die Aufstellung der Berliner ließ allerhand zu wünschen übrig. Sie waren wohl den Breslauern ein vollkommen ebenbürtiger Gegner, jedoch machte sich das Fehlen einzelner guter Spieler recht bemerkbar. Auch in diesem Treffen spielte das Glück eine große Rolle. Bei Ablauf der regulären Spielzeit stand das Spiel 3:3. Dann aber kamen die Südostdeutschen tüchtig auf und bald war die Führung geschaffen, die dann nicht wieder abgegeben wurde, zumal Berlin eine sichere Gelegenheit in Form eines Elfmeters ausließ.

Jahresversammlung des Ausschusses für Leibesübungen.

Im großen Saale des Reichshofes hielt gestern vormittag der Hallische Ausschuß für Leibesübungen seine erste Jahresversammlung ab, die erfreulicherweise recht gut besucht war. In Abwesenheit des Präsidenten erstattete der 2. Vorsitzende, Dir. Trauß, mündlich den Jahresbericht. Er erwähnte noch einmal kurz sämtliche sportliche Wettkämpfe, die der Ausschuß veranstaltet hatte und kam dann zu der Hauptfrage, die gegenwärtig der Ausschuß zu lösen hat, auf die Platzfrage. Nach anfänglichen Erfolgen stellen sich bei den Verhandlungen mit dem Magistrat doch mancherlei Schwierigkeiten ein, die nicht so ohne weiteres zu beseitigen waren. Trotzdem hofft der Ausschuß bis spätestens April die Spielplatzfrage zur Zufriedenheit erledigt zu haben. Herr Prof Dr. v. Drigalski ergänzte noch diese Ausführungen. Das Hauptaugenmerk des Ausschusses geht neben der Platzfrage noch dahin, die Schuljugend schon planmäßig für den Sport vorzubereiten, sodaß sie späterhin ohne viel Ueberlegen in einen Sportverein eintreten würden, wodurch wiederum diesen viel geholfen werde. Außerdem sei es unbedingt notwendig, mit den Arbeitersportvereinen endlich unter einen Hut zu kommen. Er selbst habe schon in dieser Beziehung Fühlung genommen und dabei festgestellt, daß Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art nicht bestünden, sodaß auch hier bald ein Vorschritt zu verzeichnen sein werde. Als letztes Vorstandsmitglied referierte dann der Schriftführer Herr Dir. Rosenthal, der einen Ueberblick über die Entwicklung des Ausschusses während des ersten Jahres gab. Von 5000 Mitgliedern sei die Zahl auf 5350 gewachsen. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Neuwahlen. Hierbei bleiben die Gegensätze der einzelnen Sportgruppen wieder tüchtig aufeinander. Jede Sportgruppe wollte recht stark vertreten sein und agitierte dann kräftig für seine Kandidaten. Hierbei wurde viel Zeit verloren. Schließlich einigte man sich auf folgenden Vorstand: Präsident: Häbicke. 2. Vors.: Dir. Trauß. 3. Vors.: Zocht. Schriftführer: Dir. Rosenthal. Kassierer: Scharfenberg. Zu Beisitzern, deren Zahl vorher auf acht erhöht worden war, wurden folgende Herren gewählt: Prof. Dr. v. Drigalski, Rekt. Kindermann, Leu, Forberg, Simon, Schäfer, Dr. Schnell, Löffler. Es folgte dann die Wahlen zum Arbeitsausschuß, die etwas flotter vonstatten gingen. Der Punkt Verschiedenes wurde nur kurz behandelt, sodaß die Versammlung kurz nach 12 Uhr geschlossen werden konnte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Während der Berichtswoche haben die deutschen Rohzuckermärkte verschiedentlich Anregungen durch Verteilung von Ersatzerzeugnissen und Melasse erfahren. Der Melasseprei, an dessen Festsetzung sehr lange gewartet worden war, ist inzwischen bekannt gegeben worden. Er beträgt 13,75 Mk. für den Zentner bei 50 Prozent Zuckergehalt. Die auf Grund der alten Preisverhältnisse gekommenen Abschlüsse sind durch Nachzahlung ausgeglichen. Neue Freigaben in Ersatzerzeugnissen haben noch nicht stattgefunden und es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Reichszuckerstelle sich mit der Absicht trage, eine Verschiebung der Freigabe bis über den Januar hinaus herbeiführen zu wollen. An sich würde gegen eine solche Absicht kaum etwas einzuwenden sein, denn die Ablieferungen aus den früheren Freigaben stehen infolge der mangelhaften Wagengestellung sowie der Behinderungen und Unterbrechungen des Fluß- und Kanalverkehrs, zuerst durch Frost, jetzt durch Hochwasser, noch stark zurück, während die Raffinerien, die die Verarbeitung des Rohzuckers erst im Laufe des Januar wieder haben aufnehmen können, verläßlich noch über genügend Rohware verfügen. Es handelt sich aber auch um die Preise. Jeder Monat bringt für Rohzucker einen Aufschlag von 35 Pfg. für den Zentner. Den Rohzuckerfabriken könnte die Nichtverteilung im Januar also wohl recht sein. Die Raffinerien, die den höheren Preis zahlen müssen, erhalten ebenfalls entsprechenden Aufschlag. Es handelt sich also um die Verbraucher, die den erhöhten Preis bei Nichtverteilung der für Januar vorgesehenen Quote bezahlen müssen.

Inzwischen sind die amtlichen Anweisungen über Rübenverarbeitung und Zuckerersatzung in den ersten drei Monaten des laufenden Betriebsjahres (September, Oktober und November 1919) der Oeffentlichkeit bekannt gegeben worden. In der genannten Zeit arbeiteten als Höchstzahl 262 Zuckerfabriken, gegen 306 oder 44 Zuckerfabriken weniger als in dem entsprechenden Zeitraum 1918. Verarbeitet wurden im ganzen rund 60 Millionen Zentner Rüben, gegen 110 oder 50 Millionen Zentner Rüben weniger. Gewonnen wurden in den angeführten drei Monaten an Rohzucker aller Art rund 7 671 000 gegen 14 486 300 oder 6 815 300 Zentner weniger. An Verbrauchszucker wurden im ganzen erzeugt rund 3 709 700 Zentner, gegen 5 719 600 oder 2 000 100 Zentner weniger. Die Nachweise für die weiteren Monate können sich nur in ähnlichem Rahmen bewegen, d. h. sie werden nicht imstande sein, das sehr ungünstige Bild zu ändern, das schon heute mit unumstößlichen, durch amtliche Berechnungen gestützter Sicherheit, auf eine um fast die Hälfte kleinere Erzeugung an Zucker als im vorangegangenen Betriebsjahr hinweist.

Am Raffinademarkte zeigte sich zeitweise einige Belebung. Die den Bezugsberechtigten zugestellten Bezugsscheine für Januar-Februar sind, soweit die Gemeindeverbände als Bezieher in Frage kommen, ziemlich vollständig zur Einlösung vorgelegt worden. Die Zuweisungen an die Zucker verarbeitenden Gewerbe nahmen nur ganz geringen Umfang an, sodaß sich größere Geschäfte nicht entwickeln konnten.

Die Aussichten für den kommenden Rübenanbau haben sich noch in nichts gebessert. Die von den Zuckerfabriken gebotenen Preise (Durchschnittlich bis 12½ Mk. für den Zentner) veranlassen die Landwirte keineswegs, sich mit besonderer Feuchtigkeit dem Anbau von Zuckerrüben zuzuwenden. Denn auch die Preise für die übrigen Hackfrüchte sind verhältnismäßig hoch und noch weiter im Steigen begriffen. Es bestätigt sich schon jetzt, worauf wir von vornherein hingewiesen haben, daß die Heraufsetzung des Rohzuckerpreises auf 150 Mk. für den Zentner ab 1. September 1920 allein nicht geeignet ist, den Rübenanbau genügend zu heben, zumal Dünger- und Arbeiterfragen große Rollen spielen. Wirklich besser konnte eben nur die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker.

Produktenbericht.

Berlin, 26. Januar. Die Haltung des Hafermarktes ist außerordentlich fest. Die Abgeber aus der Provinz verhalten sich zurückhaltend, sodaß selbst zu merklich gesteigerten Geboten nicht viel Material vorliegt. In Erbsen und Bohnen fehlen wegen der Valutaverhältnisse ausländische Sendungen. Umsomehr zeigt sich Interesse für gute inländische Qualitäten. Peluschken und Pferdebohnen wurden gesucht. Wicken waren nach wie vor fest. Für Lupinen besteht zu Saatzwecken guter Begehr. Serradella wurde infolge der hohen Haferpreise zu Futterzwecken gekauft. Heu war fest. Nach Ersatzfutterstoffen herrscht andauernd Begehr.

Berlin, 26. Januar. Amtliche Notizen. Inländischer Hafer; (für 1000 Kilogramm in Mark) loko ab Speicher frei Wagen —; loko ab Bahn 3360—3380; sofortige Abladung ab Abladestation 3300—3400.

Zuschläge zu den Eichgebühren. Mit Wirkung vom 1. Januar d. Js. wird nach Bekanntgabe der Reichsregierung für Eichgebühren ein Zuschlag von 100 Prozent erhoben.

Zur Erhöhung der Eisenpreise. Die Preise für Eisenbahnmaterial werden wie folgt, erhöht: Für schwere Schienen und Schwellen auf 2600 bis 2650 Mk. (bisher 1870 bis 1900), Gruben- und Feldbahnschienen 2500 bis 2550 Mark (1700 bis 1800). — Entsprechend der Preiserhöhungen im Stahlbund erhöhte die Röhrenvereinigung ihre Preise für Gas- und Siederöhren um durchschnittlich 50 Prozent netto.

Preissteigerung am Metallmarkt. Im freien Handel notierten am Wochenschluß in Rheinland und Westfalen Rohzinn 1000 Mark gegen 650 Mark Verbandspreis, Rohblei 1060, Zinn 10 000 Mk., Antimon 1650, alles pro Kilo. Diese Notierungen stellen gegenüber der Vorwoche erhebliche Preissteigerungen dar.

Erhöhung der Erzpreise. Durch Verhandlungen zwischen der Ilseder Hütte und den Hochofenwerken sind die Preise der Ilseder Erze von 33 auf 55 Mark erhöht worden.

Die Riemenlederpreise. Die namhaftesten Vereine, Verbände und Fachgruppen für Riemen und technische Leder, sowie Riemenledergerber haben für die Zeit bis 15. März 1920 folgende Richtpreise festgesetzt: Riemenleder in Kernstücken, kurz geschnitten 124 Mk. für 1 Kilogramm, Riemenleder in Kernstücken lang geschnitten 112 Mk., Riemenleder in Schulstern bzw. Hälse 100 Mk., Treibriemenleder, reine Chromgerbung, Kernstücke, kurz geschnitten, mit mindestens 6 und höchstens 15 Proz. Fettgehalt, prima 136 Mk., desgleichen lang geschnitten 123 Mk., Binderiemenleder 95 Mk., Nähriemenleder 100 Mk. für 1 Kilogramm, ab Fabrik gegen netto Kasse ohne Abzug bei Empfang der Rechnung.

Gewerkschaft Immenrode. Die außerordentliche Gewerkenversammlung genehmigte die Aufnahme einer 5prozentigen mit 103 Proz. rückzahlbaren Anleihe von 2 Millionen Mark unter erststelliger Verpfändung des unbeweglichen Vermögens der Gewerkschaft zur Sicherheit der Anleihe. Nach Mitteilung des Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Busch, sind seit der letzten Gewerkenversammlung im September v. J. in den Betriebsverhältnissen wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Der Betrieb unter Tage konnte verbessert werden. Die rückständigen Versatzarbeiten wurden lebhaft nachgeholt. Der Abbauverlust wird sich verringern. Die seinerzeit auf 800 000 Mark veranschlagten Kosten für Reparaturen, Erneuerungen und Verbesserungen usw. müssen jetzt infolge der Steigerung der Materialpreise auf das doppelte veranschlagt werden. Das abgelaufene Jahr schließt bereits mit einem Verlust ab und auch die Einnahmen des laufenden Jahres werden wegen der Ausführung von Aufschlußarbeiten usw. die Ausgaben nicht decken. Die verfügbaren Mittel der Gesellschaft betragen jetzt noch ungefähr 750 000 Mk. Mit Ausbeute kann vorläufig nicht gerechnet werden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: J. V.: Dr. Karl Baer; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200127011/fragment/page=0004